



## Letzte Chance

»Es genügt nicht, Kreide zu fressen und Besserung zu geloben.« Hans Modrow, Ältestenratsvorsitzender von Die Linke, warnt eindringlich vor dem Scheitern seiner Partei.

SEITE 3

2.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf [jungewelt.de/abo](http://jungewelt.de/abo)

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 25. JANUAR 2022, NR. 20 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

[WWW.JUNGEWELT.DE](http://WWW.JUNGEWELT.DE)

### Gegen die Wand

Coronapolitik: Regierung hält Kurs.  
**4** Die Linke kritisiert Mängelverwaltung bei Laborkapazitäten

### Raus aus Billigfalle

Energiemärkte: Einheitliche Grundversorgertarife und Maßnahmen gegen Discounter angekündigt  
**5**

### Wider Frontex

Kein Geld und keine Soldaten für EU-Behörde: Schweizer Initiative erreicht nötiges Quorum  
**6**

### Tod auf Bestellung

Amazon-Arbeiter stirbt im polnischen Sady. Versandhändler wird verantwortlich gemacht  
**15**

# Etappensieg für Assange

London: Oberstes Gericht lässt Antrag auf Berufung von Wikileaks-Gründer zu. Entscheidung liegt nun beim Supreme Court.

Von Ina Sembdner

Ein kurzes Aufatmen. Dem Wikileaks-Gründer Julian Assange wird das Recht zugestanden, beim Obersten Gerichtshof Großbritanniens Berufung gegen seine Auslieferung an die USA zu beantragen. Das Verteidigungsteam des gebürtigen Australiers hat nun 14 Tage Zeit, den Antrag beim Supreme Court einzureichen. Das Aufatmen ist allerdings nur kurz. Die Richter des Londoner High Court haben dem Vorstoß am Montag vormittag zwar stattgegeben, dies jedoch nur auf Basis einer der drei vorgelegten Rechtsfragen von öffentlicher Bedeutung. Dabei geht es wie immer in diesem politischen motivierten Prozess gegen einen Journalisten, der mit Veröffentlichung Tausender Dokumente US-Kriegsverbrechen im Irak und in Afghanistan aufdeckte, um ein rein technisches Detail: »Unter welchen Umständen kann ein Berufungsgericht Zusicherungen entgegennehmen, die dem erstinstanzlichen Gericht im Auslieferungsverfahren nicht vorgelegt wurden?«

Hintergrund ist, dass die Vertreter der USA, wo Assange bei Verurteilung wegen Spionage und Hackings 175 Jahre Haft drohen, mit »Versicherungen« auftrumpften, nachdem ihr Antrag auf Auslieferung vom Magistrates' Court in erster Instanz zunächst abschlägig beschieden worden war. Richterin Vanessa Baraitser hatte die Auslieferung



»Langsamer Mord«: Assanges Unterstützer protestieren am Montag vor dem High Court in London

nur aus dem Grund abgelehnt, dass in diesem Falle bei den zu erwartenden Haftbedingungen in einem sogenannten Supermax prison unter »besonderen Verwaltungsmaßnahmen« (zum Beispiel Kontakt- und Informationsbeschränkung) Assange ein hohes Suizidrisiko habe. Deswegen »versicherte« Washington im letztlich erfolgreichen Berufungsverfahren, dass solche Bedingungen nicht auferlegt würden – es sei denn, der Journalist gebe mit seinem Verhalten Anlass dazu. In den Worten von Wikileaks-Chefredakteur Kristinn Hrafnsson sind diese »Versicherungen« nicht das Papier wert, auf denen sie geschrieben stehen. Inhaltlich spielt das jedoch keine Rolle, einzig das zu späte Einreichen der »Versicherungen« vor Gericht wurde im Hinblick darauf, dass es sich in Zukunft auf andere Fälle

auswirken kann, als rechtlich fragwürdig anerkannt.

Die US-Regierung – Präsident Joseph Biden ist in seinem ersten Amtsjahr von dieser Position keinen Millimeter abgerückt – kann ihre Strategie des langsamen Todes von Assange während des gegen ihn geführten Prozesses fortsetzen. Unterstützt von ihren britischen Verbündeten, die den ohne Urteil Festgehaltenen »buchstäblich zu Tode foltern«, so der UN-Sonderberichterstatter über Folter, Nils Melzer. Die seit nunmehr fast drei Jahren andauernde Isolationshaft hat zu einer stetigen Verschlechterung von Assanges Gesundheitszustand geführt, bis dahin, dass der 50jährige während einer Anhörung am 27. Oktober einen Mini-Schlaganfall erlitt. Ein erneuter Covidausbruch im »Guantanamo

Großbritanniens«, Belmarsh, kommt derzeit noch hinzu.

Nichtsdestotrotz erklärte Assanges Verlobte Stella Moris gegenüber Presse und Unterstützern zuversichtlich: »Der High Court bescheinigte uns, dass wir eine Rechtsfrage von allgemeiner öffentlicher Bedeutung aufgeworfen haben und dass der Oberste Gerichtshof gute Gründe hat, diese Berufung anzuhören. Jetzt muss der Oberste Gerichtshof entscheiden, ob er die Berufung zulässt. Aber machen Sie keinen Fehler, wir haben heute vor Gericht gewonnen.« Nicht ohne hinzuzufügen, dass, solange die Anklage nicht fallengelassen werde, solange Assange nicht frei sei, er weiterhin leiden werde – während Washington und London einen weiteren Krieg provozieren.

■ Siehe Kommentar Seite 8

## Putsch in Burkina Faso: Präsident festgesetzt



Ouagadougou. Die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS hat am Montag den, wie es hieß, versuchten Staatsstreich in Burkina Faso verurteilt. Das Militär sei für die Sicherheit des Präsidenten Roch Kaboré verantwortlich. Nachdem es in der Nacht rund um dessen Residenz in der Hauptstadt Ouagadougou schweres Geschützfeuer gegeben hatte, erklärten vier namentlich nicht genannte Vertreter der Sicherheitsorgane und ein Diplomat gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, der Präsident werde von »meuternden Soldaten« in einem Armeelager festgehalten. Sonnabend nacht war es in mehreren Militärlager des Landes zu Gefechten gekommen, die Regierung hatte zunächst erklärt, die Situation unter Kontrolle zu haben. Regionale Medien berichteten am Montag, der Offizier Paul-Henri Sandaogo Damiba habe die Staatsführung übernommen. (Reuters/jw)

## Deutliche Lohnlücke zwischen Ost und West

Berlin. In Ostdeutschland haben Beschäftigte im Jahr 2020 rund 12.000 Euro weniger verdient als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen. Wie die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Montagsausgaben) berichteten, geht dies aus einer Antwort des Statistischen Bundesamts auf eine Anfrage der Fraktion von Die Linke im Bundestag hervor. Demnach haben ostdeutsche Beschäftigte im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2020 durchschnittlich 39.462 Euro brutto verdient und im Schnitt 2.642 Euro an Sonderzahlungen erhalten. Beschäftigten im Westen erhielten 48.974 Euro brutto und 5.096 Euro an Sonderzahlungen. Zudem war die durchschnittliche Wochenarbeitszeit mit 38,6 Stunden höher als durchschnittliche 37,9 Stunden im Westen. Laut Datenerhebung lag die Differenz in Verdienst und Arbeitszeit im Jahr 2019 sogar noch höher. (AFP/jw)

# NATO rüstet in Osteuropa auf

Allianz verstärkt Militärpräsenz. Moskau warnt vor Überfall der »Hitzköpfe« in der Ukraine

Am Montag bestätigte die NATO in Brüssel, dass die USA erwägen, »ihre militärische Präsenz im Osten des Bündnisses zu erhöhen«. Die Allianz verwies zudem darauf, dass auch Dänemark, Spanien, Frankreich und die Niederlande Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge entsenden. Frankreich habe sich bereiterklärt, Truppen unter NATO-Führung nach Rumänien zu entsenden. Die Niederlande schicken ab April zwei »F-35«-Kampfflugzeuge nach Bulgarien. Einem Bericht der New York Times zufolge erwägt US-Präsident

Joseph Biden die Entsendung von mehreren tausend US-Soldaten sowie von Kriegsschiffen und Flugzeugen ins Baltikum und nach Osteuropa. Eine Entscheidung werde noch in dieser Woche erwartet. Das US-Internetportal Defense One berichtete am Montag, dass Washington noch am selben Tag zusätzliche Militärausrüstung an die Ukraine liefern werde. Die EU-Kommission kündigte ebenfalls am Montag an, dass sie kurzfristig Kredite in Höhe von 1,2 Milliarden Euro an Kiew ausreichen werde. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte,

insgesamt hätten die EU und ihre Finanzinstitutionen der Ukraine seit 2014 mehr als 17 Milliarden Euro in Krediten und Zuschüssen zur Verfügung gestellt.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow reagierte auf die NATO-Mitteilung mit dem Vorwurf, sie führe »dazu, dass die Spannung wächst«. Nicht Russland sei deren Ursprung, sondern die »Informationskampagne« und »Hysterie« der USA und der NATO. Peskow verwies auf deren Waffenlieferungen und den Abzug von Mitarbeitern westlicher Botschaften in Kiew. Die

Kampagne werde von einer Vielzahl »einfacher Lügen« begleitet. Er warnte zugleich vor der wachsenden Gefahr eines Überfalls von ukrainischer Seite auf den Donbass: »Die Gefahr ist da, und sie ist jetzt sehr groß. Sie ist höher als früher.« Die Ukraine sei gerade dabei, ihre Truppen und Ausrüstung in sehr hoher Zahl entlang der Linie zu den »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk zu konzentrieren. Die »Hitzköpfe« in der Ukraine würden jetzt durch Waffenlieferungen ermuntert.

Arnold Schölzel  
 ■ Siehe Kommentar Seite 8

jw wird herausgegeben von 2.596 Genossinnen und Genossen (Stand 21.1.2022)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

